

# Union in Deutschland

## Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstraße 14, Postscheckkonto Köln 36 531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 56

Bonn, den 16. Juli 1952

VI. Jahrg.

## Von der Volksdemokratie zum Sowjetstaat

### Kalte Annexion und Militarisierung der Sowjetzone

Die sowjetische Besatzungszone unterscheidet sich durch ihre politische und wirtschaftliche Struktur bekanntlich jetzt schon sehr wesentlich von der Bundesrepublik. Im Grunde genommen ist es der Unterschied zwischen einem autoritären Staatssystem örtlicher Prägung und der demokratischen Staatsform des Westens. Einheitspartei, volkseigene Betriebe und Staatsjugend sind Begriffe, die für die Vorstellungswelt des Westens ausreichen, um Abscheu vor dem System der Gewalt und Mitleid mit den unterdrückten Menschen zu erwecken.

Wer jedoch geglaubt hat, der Osten gebe sich mit dem sogenannten volksdemokratischen Staatswesen, zu dem er die Sowjetzone machte, zufrieden, kennt nicht die Unaufhaltsamkeit des Umwandlungsprozesses, der überall dort eingeleitet wird, wo die Sowjets beginnen, einen Stein nach dem anderen aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gefüge der Gemeinschaft herauszubringen.

Mit dem zweiten Parteitag der SED, der in Ost-Berlin abrollte, scheint der Augenblick gekommen, in dem die düstersten Prognosen zur Entwicklung der sowjetischen Zone Deutschlands traurige Wahrheit werden. Die Maßnahmen, die Ulbricht in einer programmatischen Rede auf dem Parteitag ankündigte, bedeuten nichts anderes als die völlige Bolschewisierung der Zone. Es beginne eine neue Phase der Entwicklung, so erklärte der SED-Chef, nämlich der Übergang zum „Sozialismus marxistisch-leninistischer Prägung“. Die Zone soll nun eine vollkommene Volksdemokratie werden. Mit der bisherigen antifaschistisch-demokratischen Ordnung sei es nicht mehr getan.

So wie im äußeren Bild des Parteitages die roten Fahnen das bisher gezeigte Schwarz-rot-gold in den Hintergrund drängen, soll der Staat in Zukunft nach sowjetischem Muster auf den beiden Klassen der Arbeiter und Bauern gegründet sein. Das sozialistische Eigentum soll durch Vermehrung des „volkseigenen Sektors der Wirtschaft“ vergrößert werden. Zur Festigung des Systems soll das aus der bürgerlichen Ära übernommene System der verwaltungsmäßigen Gliederung wegen Untauglichkeit durch ein neues straffes System abgelöst werden. Das Strafgesetzbuch das Bürgerliche Gesetzbuch und die Prozeßgesetze seien ein Hemmnis für ein neues Recht und sind ebenfalls zu ersetzen.

In der neuen Phase, die nun für die Sowjetzone anbricht, ändert sich auch die Stellung der Kirchen. Sie dürfen, wie

Ulbricht erklärt, ihre Stellungnahme nicht länger „unter der Maske der Neutralität verdecken“. Es wird den Vertretern der Kirchen in der Sowjetzone verboten, Anweisungen von Kräften anzunehmen, „die die Geschäfte der amerikanischen Okkupanten besorgen“. Man braucht sich nur der Hetztiraden des Kremls gegenüber dem Vatikan und der ständigen Behauptung der sowjetischen Sender zu erinnern, der Vatikan stehe im Dienst der amerikanischen Spionage, um zu verstehen, was gemeint ist. Die Kirchen sollen systematisch isoliert ihrer Neutralität entkleidet und von ihren Zentralen getrennt werden.

Das neue SED-Programm, daran besteht kein Zweifel, wurde in Moskau entworfen. Der sowjetzonalen Regierung

obliegt lediglich die Durchführung. Es bedeutet die kalte Annexion der Zone durch die Sowjets. Das Ziel ist klar. Zwischen dem Status des annektierten Königsberg und Leipzig oder Dresden soll praktisch so bald wie möglich kein Unterschied mehr bestehen.

Zur gleichen Stunde, da der Sprecher der Kommunisten im Bundestag der Bundesrepublik das Recht auf eigene Truppen zur Sicherung ihrer Bevölkerung absprach, setzte sich der Sowjetzonenpräsident und SED-Vorsitzende Wilhelm Pieck auf dem Parteitag der SED mit der völlig ablehnenden Haltung der Sowjetzonenbevölkerung gegenüber der Werbeaktionen der Volkspolizei auseinander, sprach über die Bewaffnung der sowjetzonalen Streitkräfte und begründete ihre Aufstellung.

Danach ist jedes Zögern bei der Aufstellung bewaffneter Verbände ein „spießhaftes Verhalten“, schlimmer als Pazifismus!

## Die neue Antwort des Westens

Es ist unbestreitbar ein Vorzug der neuen westlichen Antwortnote an die Sowjetunion, daß sie die Unterschiede zwischen der Konzeption der Westalliierten (und man darf hinzufügen: der Bundesrepublik und West-Berlins) und der Konzeption der Sowjetunion in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands klar herausarbeitet. Demnach halten die Westmächte folgende zeitliche Ordnung für notwendig: 1. Freie Wahl, 2. Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, 3. Friedensvertrag. Moskau dagegen wünscht diese Reihenfolge: 1. Friedensvertrag, 2. Wiedervereinigung Deutschlands, 3. Bildung einer gesamtdeutschen Regierung.

Diese Gegenüberstellung ist kein Spiel mit Worten, sondern macht den Unterschied der beiden Grundthesen klar: Der Westen wünscht die gleichberechtigte Teilnahme eines in Freiheit wiedervereinigten Deutschlands an Friedensverhandlungen, der Osten stellt den Friedensvertrag an den Beginn der Prozedur, so daß es sich schon mangels eines gleichberechtigten deutschen Verhandlungspartners nur um ein Friedensdiktat handeln könnte. Wer der nun vielleicht zu erwartenden verstärkten west-östlichen Diskussion über die Deutschlandfrage mit Verständnis folgen will, wird gut daran tun, sich dieser grundverschiedenen Konzeption bewußt zu sein.

In Übereinstimmung mit dem deutschen Standpunkt legt die westliche Antwortnote also das Hauptgewicht auf die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen. Dieser „Punkt 1“ erscheint ihr so wichtig, daß sie in der Auswahl einer neutralen Kommission und der Festlegung ihrer Fraktionen zur Prüfung der Voraus-

setzungen gesamtdeutscher Wahlen das wesentliche Verhandlungsthema einer ersten Viererkonferenz erblickt. Die Westalliierten wünschen, daß dieses erste Treffen zu einem nahe gelegenen Zeitpunkt stattfindet. Daraus wie aus dem ausdrücklichen Hinweis, daß dieser Vorschlag nach Konsultation der Bundesregierung und der deutschen Behörden in Berlin erfolgt, ergibt sich neuerdings, daß der von der deutschen Opposition wiederholt erhobene Vorwurf, der Bundeskanzler und die seine Politik unterstützende Bundestagsmehrheit wollten eine Viererkonferenz verzögern oder gar verhindern, jeder Berechtigung entbehrt. Wer heute den Text der westlichen Antwortnote an Moskau mit Aufmerksamkeit liest, findet die Erklärungen des Bundeskanzlers in der Bundestagsdebatte über die Vertragswerke bestätigt. Das gilt nicht zuletzt von der Hoffnung, die Dr. Adenauer im Rahmen seines Friedensappells an die Sowjetunion aussprach, daß man nun „am Beginn einer Reihe von Konferenzen steht, die die Wiedervereinigung herbeiführen sollen und damit auch eine allgemeine Entspannung“.

Ob dieses Ziel erreicht wird? Die Taktik des Westens läuft offensichtlich darauf hinaus, eventuelle west-östliche Verhandlungen auf der Grundlage begrenzter, jeweils eng umrissener Fragen zu führen, um ein Abgleiten in end- und uferlose Diskussionen im voraus zu verhindern. Ob die Sowjetunion eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit — und auf dieses „in Freiheit“ kommt es an — will oder nicht, das ist die nach bisheriger Erfahrung sehr skeptisch stimmende Frage. Der nächste Schritt, der Auskunft geben könnte, wenn der Kreml ernstlich wollte, liegt wieder bei Moskau.

Für die sowjetzonalen Streitkräfte kündigte er die modernste Bewaffnung und eine sorgfältige Ausbildung an. Auch die Jugend dürfe sich nicht auf Kleinkaliberschießen beschränken, sondern müsse lernen, alle Waffen zu meistern. Vorbild in allem werde die Sowjetarmee sein. Hatte Ulbricht am Vortage die politische, kulturelle verwaltungsmäßige und wirtschaftliche Gleichschaltung der Zone mit der Sowjetunion proklamiert, so verkündete Pieck die militärische Angliederung. Die sowjetzonalen Verbände werden demnach nichts anderes sein als unselbständige Teile des sowjet-russischen militärischen Potentials.

Ein fragwürdiger Versuch nachahmender und persifizierender Motivierung ist auch die Begründung, mit der Pieck dem Parteitag die Notwendigkeit einer Militarisierung der Sowjetzone zu erklären suchte. Ohne Bewaffnung der Zone, so behauptete er, sei die Bundesregierung nicht zu einer Verständigung über gesamtdeutsche Wahlen zu bringen! Gegenüber der Forderung der Bundesrepublik auf die Herbeiführung demokratischer Rechte in der Zone drohte

## Berlin im Brennpunkt

Die Verschärfung der Sowjetisierungs-politik in der russisch besetzten Zone beginnt sich in den politischen Brennpunkt der Ost-West-Spannung, in Berlin, immer deutlicher spürbar zu machen. Der Bundestag, der bereits bei der großen Aussprache über die Vertragswerke demonstrativ zu einer der sinnvollsten Methoden des Terrors, dem Menschenraub, Stellung genommen hatte, beschäftigte sich aufgrund verschiedener Anfragen noch einmal mit den Berliner Ereignissen. Neben der großen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion über die Mitwirkung des sowjetzonalen Staatssicherheitsdienstes an dem Überfall auf Dr. Linse lag ein Antrag der FDP-Fraktion zum Schutze der Berliner Bevölkerung und ein auf gleicher Linie liegender Antrag der Fraktion der SPD vor. Im Bundestag herrscht erfreulicherweise und mit Ausnahme nur der kleinen Gruppe der Kreml-Beauftragten eine einmütige Einstellung zu den alarmierenden Ereignissen.

Die Verantwortung der SED und damit auch ihrer westlichen Filialstelle, der KPD, an diesen Verbrechen ist durch das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ unumwunden bestätigt. Das Zentralorgan der sowjetisch gelenkten Partei betont ausdrücklich, man werde jeden „der seine dreckigen Finger nach unseren Errungenschaften ausstreckt, so energisch darauf klopfen, daß er seine Pfoten nie wieder gebrauchen kann.“ Hiermit dürfte ein neues und schlüssiges Argument für den verfassungsfeindlichen und gewalttätigen Charakter der SED/KPD gegeben sein, das auch Karlsruhe zur Beachtung empfohlen wird.

Inzwischen sind bereits wiederum zwei neue Fälle von Menschenraub zu verzeichnen. Durch einen Spitzel wurde ein Mitglied der CDU, Bernhard Dahmen, der frühere Landrat von Schwerin, der seit 1949 als Flüchtling in West-Berlin lebt, entführt. Bei Marienfelde (amerikanischer Sektor) haben zwei Sowjetsoldaten mit Maschinenpistolen einen Lieferwagen beschossen, der versehentlich etwa 70 Meter in das Gebiet der Sowjetzone hineingefahren war. Der westberliner Ingenieur Ludwig Vetter erlitt dabei schwere Verletzungen und wurde von den Sowjets verschleppt.

Die Zerreißung der Millionenstadt durch die sowjetischen Absperrungs-

er der Bundesregierung mit der, wie er sagte, Mobilisierung der Volksmassen.

Man darf hoffen, daß die neuen Direktiven der SED auf dem Parteitag in Ost-Berlin auf die Haltung derer, die sich zur Zeit noch gegen eine Sicherung der Bundesrepublik durch eigene Truppen sperren, nicht ohne Einfluß bleibt. Es wird niemand so naiv sein anzunehmen, die Forcierung der Entwicklung in der Zone sei etwa durch die Sicherheitsmaßnahmen des Westens ausgelöst worden. Das Beispiel der sowjetischen Satellitenstaaten zeigt vielmehr, daß auch die jüngsten Vorgänge in der Zone nichts weiter sind als die neue Phase einer „fortschrittlichen“ Entwicklung.

Wer aber in den neuen SED-Direktiven immer noch keinen Anlaß sieht, für seine Sicherheit Sorge zu tragen, soll wenigstens nicht verlangen, daß alle anderen bereit sind, die Folgen seines Leichtsinns auf sich zu nehmen. Er soll ihnen nicht — wie die SPD dies tut — das Recht absprechen, sich einer massiven Drohung gegenüber so zu verhalten, wie das in einer Welt, in der ein ewiger Friede immer noch nicht angebrochen ist, der nüchterne Verstand fordert.

maßnahmen, die bisher u. a. mehr als 25 000 Familien mit Grundstücken im Osten betroffen hat, schreitet weiter fort. Die westberliner Gewässer sind für jeden östlichen Wassersportler gesperrt. Westberliner Schiffe wurde die Durchfahrt durch Ostberlin verboten. Aus Zittau kommt eine Meldung, daß nunmehr auch längst der Grenze der Sowjetzone zur Tschechoslowakei der Abtransport „unzuverlässiger“ Grenzbewohner

## Lastenausgleichsgesetz vor der letzten Entscheidung

Trotz aller verständlichen Ermüdung hat der Bundestag nach der vielstündigen Debatte über die Vertragswerke noch den vom Vermittlungsausschuß erarbeiteten Kompromiß über das Lastenausgleichsgesetz verabschiedet. Regierungsmehrheit und Föderalistische Union haben für den Vorschlag des Vermittlungsausschusses gestimmt, die Opposition hat ihn abgelehnt.

Die Koalition hat dem Kompromiß zugestimmt, obgleich sie den Standpunkt vertrat, daß der Kompromiß durchweg eine Verschlechterung des vom Bundestag beschlossenen Gesetzes bedeute. Sie stimmte trotzdem für den Vorschlag, weil sie eine weitere Verzögerung des Inkrafttretens des Gesetzes verhüten wollte.

Demgegenüber lehnte die SPD die Vorlage ab, obwohl nach ihrer Auffassung im Vermittlungsausschuß Verbesserungen erarbeitet worden waren. Hier kommt man mit der Logik nicht mehr weiter und wird zu der Auffassung gelangen müssen, daß die SPD wieder einmal der Opposition um der Opposition willen gehuldigt hat. Sie befand sich in der kennzeichnenden Gesellschaft von Alfred Loritz.

Immerhin wurde durch das wenig logische Verfahren der Opposition kein Schaden angerichtet. Im Gegenteil — auch das sei lovalerweise erwähnt — die Opposition hat durch ihre Zustimmung zu einer Ergänzung des Grundgesetzes das Zustandekommen einer verfassungsändernden Mehrheit und damit die Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes ermöglicht. Wenn nun, woran wohl nicht zu zweifeln ist, auch der Bundesrat dem Kompromißvorschlag des Vermittlungsausschusses zustimmt, dann kann das Lastenausgleichsgesetz nach jahre-

auf einem fünf Kilometer breiten Streifen begonnen hat. Die Raubüberfälle auf Menschen haben die zuständigen Stellen in Westberlin veranlaßt, auch ihrerseits Grenzbarrieren und Polizeistützpunkte zu errichten, um jeden nach Osten fahrenden Kraftwagen zu kontrollieren. Etwa 120 Straßensperren sind vorgesehen, dazu kommen 160 durch Polizei gesicherte Übergänge. Es ergibt sich eine Zonengrenze, die gegenüber dem Ostsektor 50 km, gegenüber der Sowjetzone 160 km lang ist.

Es handelt sich bei allen diesen Ereignissen um eine Kette bewußt und schon seit langem geplanter Maßnahmen, wie sie seinerzeit von Grotewohl und Pieck angekündigt wurden, um in der Bevölkerung einen Zustand der Unruhe, der persönlichen Unsicherheit und der Einschüchterung zu schaffen. Die Vertragsabschlüsse der Bundesregierung werden dabei als Vorwand benutzt. Auch diese Maßnahmen, ebenso wie das allmählich hysterisch anmutende Geschrei nach Bewaffnung und Aufrüstung, sollen dazu dienen, die völlige Sowjetisierung der gesamten Zone zu unterstützen. Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in seiner Bundestagsrede über die Verträge auf diese immer wieder beobachtete, Schritt um Schritt sich gehende Prozedur innerhalb des sowjetischen Machtbereiches hingewiesen. Die Hoffnung der ganz überwiegenden Mehrzahl der Bewohner der Sowjetzone richtet sich stärker denn je auf die Politik der Bundesregierung, die den Ausgangspunkt für eine Festigung der freien westlichen Welt und damit die Verhandlungsgrundlage für eine allmähliche und friedliche Lockerung und Beseitigung dieser auf die Dauer unerträglichen Spannungen schaffen will.

langer Vorarbeit und erbitterten Diskussionen zahlloser Gremien endlich in Kraft treten. Auch dieser Tag wird keinen Anlaß bieten, Jubelhymnen anzustimmen. Er wird aber einmal die Möglichkeit gewähren, mit dem Ausgleich jener Lasten, die bisher die Geschädigten allein tragen mußten, zu beginnen, und gleichzeitig (nicht zuletzt auf Grund der sich dann ergebenden Erfahrungen) eine Verbesserung des Gesetzgebungswerkes durch Novellen in die Wege zu leiten.

Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard empfing Mitglieder des Vorstandes der „Vertretung der heimatvertriebenen Wirtschaft“, die ihn über die Lage der heimatvertriebenen Unternehmer und ihre Wünsche unterrichteten. Dabei kam zum Ausdruck, daß es sich jetzt nach der angelaufenen Eingliederung wesentlich um die Konsolidierung der Betriebe handle. Hierzu sei besonders die Bereitstellung von langfristigen und gering verzinslichen Krediten notwendig. Die Vertreter der heimatvertriebenen Wirtschaft baten ferner um die Unterstützung von steuerpolitischen Maßnahmen, die die Bildung von Eigenkapital ermöglichen. Wesentliche Bedeutung habe auch die Bereitstellung von Eingliederungsdarlehen im Rahmen des Lastenausgleichs. Die heimatvertriebenen Wirtschaft informierte sich dann weiterhin über die Möglichkeiten einer angemessenen Berücksichtigung der Heimatvertriebenen im künftigen Bundeswirtschaftsrat. Prof. Erhard wies auf die bisher getroffenen Maßnahmen hin und sagte seine volle Unterstützung auch für die Zukunft zu.

## A III 1 a CDU/CSU

### Flüchtlingsausschuß

Der Bundesausschuß der CDU/CSU für Vertriebene trat am Samstag, dem 12. Juli 1952 in Königswinter zu seiner IV. Sitzung zusammen. Die Delegierten der verschiedenen Landesverbände sprachen Herrn Dr. Kather für seine geschickte politische Haltung hinsichtlich der Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes ihren Dank aus. Sie sind der Überzeugung, daß die Auswirkungen des Gesetzes überwiegend von den mit der Verantwortung betrauten Personen abhängen werden. Außerdem wurde die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß das Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge in kürzester Frist zur Verabschiedung gelangen müßte.

Der Bundes-Ausschuß der CDU/CSU für Vertriebene faßte auf seiner IV. Sitzung in Königswinter nachstehende Entschliebung:

Die auf der Tagung des Bundesvertriebenenausschusses der CDU/CSU in Königswinter versammelten Delegierten billigten die Haltung der CDU/CSU-Fraktion in der Frage des Lastenausgleichs. Sie bedauerten, daß das Gesetz nicht in der vom Bundestag beschlossenen Fassung angenommen wurde.

Sie billigen die Annahme des Vermittlungsvorschlages im Bundestag trotz schwerer Bedenken und erwarten, daß auch der Bundesrat im Interesse der Geschädigten seine Zustimmung gibt.

Die Delegierten sprechen den Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion, besonders aber dem Vorsitzenden des Bundesvertriebenenausschusses der CDU/CSU, Herrn Dr. Kather für ihre Arbeit, der letztlich das Ergebnis zu verdanken ist, Dank und volles Vertrauen aus. 16. Juli 1952

## A III 1 a CDU/CSU

### CDU/CSU-Fraktion interveniert wegen Berliner Menschenraub

Die Fraktion der CDU/CSU hat im Bundestag eine Große Anfrage eingebracht, in der sie die Bundesregierung fragt, was sie zu tun gedenkt, um die alsbaldige Freilassung des vom sowjetzonalen Sicherheitsdienst verschleppten Rechtsanwalts Dr. Linse aus Westberlin zu erwirken. Die Bundesregierung wird weiter gefragt, was sie zu tun gedenkt, um die Wiederholung gleicher oder ähnlicher Fälle von Menschenraub aus Westberlin und der Bundesrepublik durch den sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst und andere sowjetzonale Stellen zu verhindern. „Die Bedrohung der Freiheit der deutschen Bürger“, so heißt es in der Anfrage, „in Westberlin und in der Bundesrepublik durch brutale Entführungen bedarf eines umfassenden Schutzes und umfangreicher Sicherungsmaßnahmen. Es ist unerträglich, daß immer wieder deutsche Menschen mit rücksichtsloser Gewalt verschleppt und den Terrormethoden eines sowjetischen Regimes überantwortet werden.“ 16. Juli 1952

## A VI Sowjetisch besetzte Zone

### Sowjetzonenverwaltungsombau ohne Neuwahlen

Die von Walter Ulbricht (SED) vorgeschlagene Auflösung der fünf Sowjetzonenländer soll ohne Neuwahlen erfolgen. Die Mitglieder der fünf Landesregierungen und die Abgeordneten der Länderparlamente sollen auf dem Verwaltungswege paritätisch auf die geplanten 15 Bezirksräte und Bezirkstage verteilt werden. Man will diese Maßnahmen durch ein Gesetz verwirklichen, das die im Demokratischen Block vereinigten Sowjetzonenparteien und Organisationen nach SED-Maßgabe beschließen und der Sowjetzonenvolkskammer zuleiten. 16. Juli 1952

## A III 1 a CDU/CSU

### Dr. von Brentano zur westlichen Note an Moskau

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Heinrich von Brentano begrüßte im Namen seiner Fraktion die westliche Antwortnote an Moskau. Dr. von Brentano erklärte, daß die Sowjetunion, wenn sie überhaupt ein Interesse an ernstgemeinten Verhandlungen über die Lebensfrage des deutschen Volkes, der Wiedervereinigung, habe, der Note nur zustimmen könne. Die Kritik der SPD, daß die Note durch Intervention des Bundeskanzlers verschlechtert worden sei, wies Dr. von Brentano zurück, zumal sie auf einer parteiamtlich auch zugegebenen „Annahme“ über die vom Bundeskanzler geäußerten Wünsche beruhe. 16. Juli 1952

## A III 2 Außerparlamentarische Gruppen

### Freie Berufe gegen Betriebsverfassungsgesetz

Der Bundesverband der Freien Berufe in Düsseldorf hat schwere Bedenken gegen seine Einbeziehung in das Betriebsverfassungsgesetz angemeldet. In einer den Bundestagsfraktionen übermittelten Stellungnahme wird festgestellt, das Gesetz sollte nur für gewerbliche Betriebe gelten. In der Stellungnahme wird eine Sicherung der Entscheidungsfreiheit des Betriebsinhabers auf personellem Gebiet gefordert. Geradezu grotesk sei die Vorstellung, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem freiberuflich Tätigen und seinem Betriebsrat eine Einigungsstelle darüber entscheiden soll, wie er seine Praxis zu führen habe. Der Bundesverband der Freien Berufe fordert außerdem den Fortfall des Initiativrechts der Gewerkschaft bei der Bildung der Betriebsräte und die Herausnahme der Berufsbildungsfragen aus dem Funktionsbereich der Betriebsräte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in Betrieben bis zu 100 Beschäftigten sei abzulehnen. Angehörige eines freien Berufes können weder den Arbeitgeber noch den Arbeitnehmern zugerechnet werden, weil die jeweilige Leistung sich immer nur unter eigener persönlicher Verantwortung vollziehe. 16. Juli 1952

## A II d Politische Persönlichkeiten

### Minister Kaiser gegen Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes vor den Ferien

Bundesminister Jakob Kaiser erklärte vor den Besprechungen zwischen dem Bundeskanzler und dem DGB-Vorstand, es sei nicht richtig, wie beabsichtigt, das Betriebsverfassungsgesetz noch vor den Parlamentsferien zu verabschieden. In einer so wichtigen Frage dürfe keine Entscheidung gefällt werden, ohne die letzte Verhandlungsmöglichkeit auszuschöpfen. Der Abbruch der Mitbestimmungsverhandlungen zwischen DGB-Vertretern und Abgeordneten der Koalition ist nach Kaisers Ansicht nicht notwendig gewesen. 16. Juli 1952

## A III 2 Außerparlamentarische Parteien und Gruppen

### Christliche Gewerkschaften bejahen Mitbestimmungsrecht

Der Internationale Bund der Christlichen Gewerkschaften sprach sich in den Haag einstimmig für das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Wirtschaft aus. Den dem Bund angeschlossenen Organisationen wurde empfohlen, alle Mittel auszuschöpfen, damit die völlige Anerkennung der Arbeitnehmerorganisationen sowie ihre Mitbestimmung in den leitenden Organen der Wirtschaft im internationalen Bereich herbeigeführt werden kann. Die Arbeitgeberorganisationen werden aufgerufen, das Mitbestimmungsrecht anzuerkennen und sich der Neuordnung der Gesellschaft und der Wirtschaft nicht zu widersetzen. 16. Juli 1952

## A II c 4 Bundestag

### 52 Gesetze noch vor den Parlamentsferien

Vor den Parlamentsferien will der Bundestag noch 52 Gesetze verabschieden. Hierzu gehören u. a. das Betriebsverfassungsgesetz, das Versammlungsordnungsgesetz, das Gesetz über die Errichtung des Bundesverwaltungsgerichts, der Nachtrag zum Bundeshaushalt, das Gesetz über die Erhöhung der Einkommensgrenze in der Sozial- und der Arbeitslosenversicherung, das Ufi-Entflechtungsgesetz, ein Gesetz zur Ergänzung des Umsiedlungsgesetzes.

16. Juli 1952

## A I a Besatzungsstatut

### Französische Begnadigungsaktion

Unter dem Datum vom 8. Juli 1952 hat der Französische Hohe Kommissar, M. François Poncet, einen Brief an den Herrn Bundeskanzler gerichtet, in dem er ihm nachfolgendes mitteilt:

Anläßlich des Französischen Nationalfeiertages am 14. Juli hat sich der Französische Hohe Kommissar entschlossen, neunzehn der durch Besatzungsgerichte verurteilten Deutschen freizulassen und weiteren siebenundzwanzig Verurteilten das Strafmaß wesentlich herabzusetzen. M. François Poncet erinnert in dem gleichen Schreiben daran, daß bereits anläßlich des Osterfestes von ihm dreißig Verurteilte begnadigt wurden und daß er seit seinem Eintreffen in Deutschland in mehr als 1500 Fällen von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht hat. Der Französische Hohe Kommissar weist darauf hin, daß diese Begnadigungen dem Wunsche des Herrn Bundeskanzlers entsprechen, den er während der Verhandlung vor der Unterzeichnung des Deutschland-Vertrages zum Ausdruck gebracht hat.

16. Juli 1952

## A IV 4 Landwirtschaftsministerium

### Prof. Niklas für gut aufgemachte Waren

Bundesernährungsminister Prof. Niklas hat die Bauern aufgefordert, für die Ernährung der Bevölkerung des Bundesgebietes nicht nur genügend Ware, sondern auch gute Ware in ansprechender Aufmachung zu liefern. Die Hausfrauen zögen teilweise ausländische Waren in der gleichen Preislage vor, weil sie besser aufgemacht seien. Prof. Niklas kündigte bei dieser Gelegenheit eine neue Preisverordnung für Milchprodukte an.

16. Juli 1952

## A III 1 b

### Scharfe FDP-Stellungnahme gegen SPD und DGB

Auf dem außerordentlichen und nicht öffentlichen Parteitag der FDP in Essen wurde eine Entschliebung angenommen in der „ein noch entschiedener und schärferer“ Kampf gegen den klassenkämpferischen Marxismus gefordert wird. „Zu dieser klassenkämpferischen Haltung ist die FDP um so mehr verpflichtet, als die Sozialdemokratie und der DGB in einem hemmungslosen Kampf um die Macht und gegen die verfassungsmäßige Ordnung eingetreten sind.“ In einer weiteren Entschliebung wird betont, der Parteitag erwarte von der Stuttgarter Regierung die sofortige Auflösung oder Umbildung der Koalition, wenn Tatsachen einträten, die der FDP die Verfolgung ihrer innen- und außenpolitischen Ziele unmöglich mache. Die Stuttgarter Koalition von Ministerpräsident Mayer mit der SPD wurde auf dem Parteitag der FDP scharf kritisiert.

16. Juli 1952

## A I a Besatzungsstatut

### Zentraler Kohlenverkauf bleibt bis April 1953

Die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Alliierten über die „Auflösung des Deutschen Kohlenverkaufs“ (DKV) haben zu einer Einigung geführt, wonach der DKV in seiner jetzigen Form noch bis zum 1. April 1953 bestehen bleibt, falls die Hohe Behörde der Montanunion nicht eine frühere Auflösung bestimmt.

16. Juli 1952

## A IV 2 a Allgemeines (Finanzverwaltung)

### Für Zentrale Finanzverwaltung

Der Bundestags-Ausschuß für Finanz- und Steuerfragen hat einen FDP-Antrag gebilligt, der eine zentrale Finanzverwaltung vorsieht. Um diesen Antrag zu verwirklichen, bedarf es im Bundestag und im Bundesrat einer Zweidrittelmehrheit, da das Grundgesetz eine entsprechende Änderung erfahren müßte.

16. Juli 1952

## A III 2 Außerparlamentarische Parteien und Gruppen

### Gross wieder Präsident des Zeitungsverlegerverbandes

Der Gesamtverband der deutschen Zeitungsverleger hat auf seiner ordentlichen Jahresversammlung in Bonn Emil Gross, Bielefeld, erneut als Präsidenten des Verbandes bestätigt. Außerdem wurden Dr. Hugo Stenzel, Franz-Karl Maier, Heinrich Rombach, Hans Sonefeld und Professor Paul Heile wieder ins Präsidium gewählt. Die Zeitungsverleger befaßten sich auf ihrer Jahreshauptversammlung eingehend mit dem Zeitungsstreik, dem Betriebsverfassungsgesetz und aktuellen Fragen des Zeitungsgewerbes. Eine vierköpfige Kommission wurde beauftragt, direkte Besprechungen mit dem DGB und den Bundestagsfraktionen über die Anwendung des zur Debatte stehenden Betriebsverfassungsgesetzes zu führen. Die Verlegerversammlung stellte erneut fest, daß Zeitungsverlage als Tendenzbetriebe zu gelten haben.

16. Juli 1952

## A III 1 e KPD

### KPD keine Landtagsfraktion mehr

Nach der vom nordrhein-westfälischen Landtag verabschiedeten neuen Geschäftsordnung ist die KPD-Landtagsfraktion ab 1. August nicht mehr fraktionsfähig. Die neue Geschäftsordnung verfügt, daß künftig eine Fraktion erst gebildet werden kann, wenn mindestens 15 Mitglieder zu ihr gehören. In Düsseldorf verfügte die KPD noch über 12 Abgeordnete.

16. Juli 1952

## A IV 1 d Kommunalwahlen

### CDU-Bürgermeister in Heidelberg

Bei der Oberbürgermeisterwahl erreichte am Sonntag der Kandidat der CDU, Weinhaus, mit 26 184 von 51 400 Stimmen die absolute Mehrheit. Der SPD-Kandidat Amann erreichte nur 10 263 Stimmen, obwohl die SPD bei den letzten Wahlen die stärkste Partei in Heidelberg war.

16. Juli 1952

## A IV 1 e Kirchen

### 85. Jahresfest in Bethel

Die Bodelschwing'schen Anstalten in Bethel konnten soeben ihr 85. Jahresfest begehen. Pastor von Bodelschwing gab in seinem Jahresbericht Zahlen aus der weitreichenden caritativen Arbeit der Anstalten bekannt. Danach wurden im vergangenen Jahr 143 448 epileptische Anfälle beobachtet. Von insgesamt 466 neu aufgenommenen Fallsüchtigen in Bethel konnten 260 als geheilt oder wesentlich gebessert entlassen werden. Dasselbe gilt von 109 Kranken, die bereits längere Zeit in Behandlung waren. Aus Platzmangel mußte auch im vergangenen Jahr wieder der größte Teil der Anmeldungen von Kranken abgelehnt werden. Pastor v. Bodelschwing hob die wertvollen Dienste hervor, die immer wieder der Encephalograph (Gehirmschreiber) für die Diagnose der Kranken leistet. Er bedauerte, daß die nach dem Kriege verheißungsvoll begonnene Erfahrung der Stoffwechselerkrankungen als Ursache der Epilepsis aus finanziellen Gründen nicht fortgeführt werden konnte.

16. Juli 1952

## A IV 3

### Deutscher Schiffsbau an dritter Stelle

Die Schiffsbauindustrie, nach dem Kriege mit am schwersten durch Zerstörungen und Demontagen betroffen, hat Deutschland im Jahre 1951 in der Reihe der schiffsbautreibenden Länder vom 8. auf den 3. Platz gebracht. Im Zeichen der Stahlknappheit, die die Werften zu Arbeitseinschränkungen und sogar zu Entlassungen zwang, ist dies eine erstaunliche Entwicklung. Denn die Reedereien haben daneben mit großen Finanzierungsschwierigkeiten zu kämpfen; die langfristigen Schiffsbaupläne müssen zu einem beträchtlichen Teil durch Gelder finanziert werden, die vom Bund jährlich neu bewilligt werden. Außerdem können die wenigen vorhandenen Schiffe der deutschen Handelsflotte nicht noch einen Kapitalüberschuß neben den Mitteln für die Kredittilgung herauswirtschaften. Dabei ist gerade für Deutschland, das 1914 die zweitgrößte und 1939 die viertgrößte Handelsflotte der Welt besaß und heute mit 682 000 BRT auf dem 14. Platz ganz hinten in der Liste steht, der Schiffsbau eine Lebensnotwendigkeit. Deutschland baut heute nach Großbritannien die meisten Schiffe für ausländische Rechnung. Fast 200 000 BRT waren am 31. März 1952 auf deutschen Werften für das Ausland in Bau, gegen 31 000 BRT ein Jahr vorher. Dieses Verhältnis kann sich aber mit dem Aufkommen neuer Schiffsbauländer ändern.

16. Juli 1952

# Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit im vereinigten Europa

Dr. Gerstenmeier zeichnete im Bundestag das Leitbild des Vertragswerkes

Wir geben leitende Gedanken der bedeutsamen Bundestagsrede des CDU-Sprechers Abg. Dr. Gerstenmeier (CDU) wieder. Tragende Gedanken anderer Redner der CDU/CSU-Fraktion bringen wir fortlaufend in den nächsten Ausgaben.

Weder die Exekutive noch ein oberstes Gericht, weder der Bundesrat noch eine sogenannte Volksentscheidung, auch wenn sie sich in der Form von Neuwahlen zum Bundestag vollzöge, kann und darf **dieser Bundestag** des Rechtes, der Pflicht und der Würde entkleiden, die weitaußer bedeutsamste politische Entscheidung zu treffen, die ihm die Geschichte zugeordnet hat.

Das Thema der Verträge ist die **Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit in einem vereinten Europa**. Der politische Ort, von dem aus die Verträge entworfen sind, ist nicht die bedingungslose Kapitulation vom 8. Mai 1945, sondern er ist das Ereignis der europäischen Bewegung. Sie entstammt der geschichtlich weitaußer bedeutsamsten politischen Idee des 20. Jahrhunderts: der **Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa**. Was wir auch im Ganzen und im einzelnen zu dem Vertragswerk kritisch zu bemerken haben werden, zu diesem Thema und zu diesem Leitbild des Vertragswerkes sagen wir ja.

Wir halten es für ein Ereignis von höchstem geschichtlichem Rang, daß dieses Vertragswerk dem grauenhaft simplen **Gesetz von Schlag und Gegenschlag in der Geschichte endlich absagt**, indem es, wenn auch erst nach bitteren Erfahrungen und wenn zunächst auch nur für den größten Teil Deutschlands, die Epoche der Unterwerfung der Besiegten beendet.

Dieses Werk will fortan **weder Sieger noch Besiegte** kennen, sondern nur noch Bundesgenossen. Sie sollen die Träger einer gemeinsamen Zukunft, eines gemeinsamen freien europäischen Vaterlandes sein, das wiederum überdacht und geschützt ist von der Bundesgenossenschaft der freien atlantischen Welt. Deshalb billigen wir die Grundkonstruktion des Vertragswerkes, das einen Voroder Teil-Friedensvertrag mit einem Bündnisvertrag verbindet.

Die Frage, ob unter Anwendung der Begriffe etwa des 19. Jahrhunderts der Deutschlandvertrag uns die **volle Souveränität** der alten Nationalstaaten bringt, ist uns weit weniger interessant als die andere Frage, ob uns diese Verträge die **volle, uneingeschränkte Gleichberechtigung** mit unseren bislang doch gewiß als souverän geltenden Partnern bringen. Wenn auf diese Frage mit ja geantwortet werden darf, dann halten wir dafür, daß die **Zeit der bedingungslosen Kapitulation vorbei** ist und eine Zeit der nationalen Katastrophe und — scheuen wir uns nicht, das auszusprechen! — auch der nationalen Unehre sich ehrenvoll gewendet hat.

Von Anfang an hielten wir den Gedanken einer **deutschen Nationalarmee** nicht für vollziehbar, und zwar nicht deshalb, weil wir vor den auch heute noch vor handenen Vorhalten gegenüber einer deutschen Armee kapitulierten oder weil uns das deutsche Soldatentum als solches etwa selbst suspekt wäre. Nichts von alledem! Vielmehr glauben wir, daß sich eine **deutsche Armee auch in der Zukunft der großen Tradition** echten

deutschen Soldatentums würdig erweisen würde. Aber es ist einfach nicht mehr an der Zeit, in diesem Augenblick der geschichtlichen Entwicklung Europas Nationalarmeen aufzurichten. Mehr als die Montan-Union und wirkungsvoller, als es bis jetzt der Europarat vermochte, ist die **Europäische Verteidigungsgemeinschaft ein erstrangiges Instrument der europäischen Vereinigung**. Diese Verteidigungsgemeinschaft hat ihr höheres Ziel verfehlt und ihren eigentlichen Sinn verloren, wenn sie nicht noch im Laufe des nächsten Jahrzehnts überdacht wird von der Gemeinschaft, auf die sie angelegt ist, nämlich auf die europäische Föderation. Die wirkliche Entscheidung fängt nicht an bei der Notstandsklausel und hört nicht auf bei den Entflechtungsbestimmungen, sondern beginnt und endet mit der Frage, wo wir Deutsche selber unsere Zukunft suchen.

Wir sollten dem **unbefangenen Mut der Vereinigten Staaten von Amerika mit Respekt begegnen**, dem Mut nämlich, der es fertiggebracht hat, weit verbreitete Gefühlskomplexe und festgefahrene Anschauungen im eigenen Lande ohne jede Rücksicht auf sogenanntes Prestige so zu verwandeln, daß von dem Gebäude Morgenthau sieben Jahre nach dem Kriege kaum noch ein Stein auf dem andern geblieben ist.

Die Chancen für die Durchsetzung der **berechtigten Revisionsanliegen** des deutschen Volkes auch in der Zukunft sehen wir **nur auf dem Boden dieser Verträge** und in der Treue zu ihrem politischen Leitbild. Aber wir sehen sie nicht in einer Politik, die sich vermißt, das Zünglein an der Waage im Spiel der Weltmächte zu sein. Wir sehen sie erst recht nicht in dem Versuch einer völlig deplacierten Wiederholung deutscher Großmachtspolitik. Ob diese Politik sich nun mit dem Gedanken der bewaffneten oder

der unbewaffneten Neutralität verbindet, sie ist und bleibt gleich reaktionär und gleich gefährlich.

Ein **Verzicht auf den deutschen Wehrbeitrag** würde bei der Lage der Dinge weder die Abrüstung im Osten noch im Westen zur Folge haben. Er würde lediglich bedeuten, daß wir Niemandsland würden, daß wir ein **Objekt strategischer Erwägungen und militärischer Maßnahmen anderer** würden. Die Verteidigungsgemeinschaft unter Beteiligung der Bundesrepublik ist heute ein so integraler Bestandteil der europäischen Einigung, daß der Ausfall dieses Verteidigungsbeitrags den Integrationsprozeß überhaupt schwer beeinträchtigen, ja wahrscheinlich zerstören müßte. Gesetzt den Fall, die europäische Integration würde scheitern und die USA würden aufhören, den damit verbundenen politischen Bankrott Europas unbegrenzt zu sanieren, wer würde denn dann in der Lage sein, einem vom Rhein bis zur Oder vereinten Deutschland Freiheit und Rechtssicherheit zu gewährleisten?

Wenn im Falle der **Wiedervereinigung** nicht gewährleistet ist, daß nachher in Leipzig ebenso gelebt werden kann wie jetzt in Düsseldorf oder in München, sondern wenn die Gefahr besteht, daß sich über kurz oder lang die Dinge in Düsseldorf oder in München den jetzigen Zuständen in Leipzig oder Magdeburg nähern, dann, meine Damen und Herren, hat die Vereinigung vielleicht nicht jeden, wohl aber **ihren entscheidenden Sinn verfehlt**.

Wir halten dafür, daß die Wiedervereinigung Deutschlands unlösbar verbunden ist in das Problem der europäischen Integration und daß umgekehrt die **europäische Integration** unter keinen Umständen darauf verzichten kann, **Deutschland als Ganzes zu integrieren**.

Sollte der Kreml so schlecht über die freihetliche Grundrichtung der überwältigenden

## Rundfunk und Adenauer-Verträge

Es freut uns, den deutschen Rundfunk — auch den Nordwestdeutschen! — loben zu können: für die staatspolitische Leistung, die er trotz sommerlicher Hitze und Unterhaltungsbedürfnisse mit der Übertragung der zweitägigen Bundestagsdebatte über Deutschland- und Verteidigungs-Vertrag geliefert hat.

Zwar meinte der Kölner NWDR-Kommentar nach den Beratungen mißmutig, die Debatte habe nichts Neues gebracht. Wieviel Substanz sie wirklich enthielt, und auch wieviel Neues, zum Beispiel über das Verhältnis zur Sowjetunion, war ihm entgangen. Um so eifriger versuchte er den Standpunkt der SPD darzulegen und gegen den Eindruck zu verteidigen, daß diese Haltung im Vergleich mit der Politik der Bundesregierung nur negativ sei.

Das Urteil hierüber darf man getrost den Hörern überlassen. Sie bekommen bei den Original-Übertragungen aus dem Parlament endlich ein wahrheitsgetreues Bild der Vorgänge und auch der verschiedenen Auffassungen. Während sie bei den bisherigen sogenannten „Ausschnitt-Sendungen“ immer nur auf eine Auswahl aus der zweiten Hand angewiesen waren.

Erfreulicherweise hat jetzt der Ältestenrat des Bundestags durch eine Anregung von sozialdemokratischer Seite endlich ebenfalls diesem Problem seine Aufmerksamkeit zugewendet. Nach einem SPD-Hinweis ist festgelegt worden, daß es nicht mehr den einzelnen Sendern überlassen bleiben kann, ob und was sie aus Bundestags-Aufnahmen senden wollen oder nicht. Diese Bänder sind akustische Sitzungsprotokolle und als solche schutzbedürftig, die nicht für jeden Zweck zerstückelt oder wieder zusammengesetzt werden können.

Die Rundfunk-Übertragung über die Verträge hat übrigens allen Hörern eine weitere schätzenswerte sozialdemokratische Anregung vermittelt: den Vorschlag, den Deutschland-Vertrag wahlweise auch Adenauer-Vertrag zu nennen.

Jede Unterrichtung des deutschen Volkes über die Vertragswerke und überhaupt über die wahre deutsche Situation fördert, wie zahlreiche Zeichen erweisen, die Zustimmung in den breitesten Schichten, daß Dr. Adenauers Weg, der zugleich den Weg der CDU darstellt, den einzig möglichen Weg zu einer friedlichen Zukunft und zur deutschen Wiedervereinigung bildet.

Mehrzahl der 18 Millionen zwischen Elbe und Oder unterrichtet sein, daß er nicht wüßte, daß eine **gesamtdutsche Regierung**, daß eine deutsche Nationalversammlung, daß die 18 Millionen, wenn sie sich mit uns einmal in Freiheit vereinen könnten, sich alsbald auch mit uns **für das in Freiheit ge-einte Europa** entscheiden würden?

Wir sind der Meinung, daß die **Viererkonferenz** angestrebt werden muß. Wir sind das nicht nur den 18 Millionen hinter dem Eisernen Vorhang schuldig, sondern wir sind es uns selber und Europa schuldig. Aber man täte denen hinter dem Eisernen Vorhang, uns und Europa einen schlechten Dienst, wenn man sich dabei unter Verzicht auf unerläßliche Voraussetzungen zum Objekt des russischen Verfahrens machte. Darum sind wir den 18 Millionen gleichermaßen die **Ratifizierung schuldig**. Sie schafft auch insofern keine neue Situation gegenüber Rußland, als nicht einzusehen ist, warum

## Fünf Jahre Ministerpräsident Peter Altmeier und die Leistung seines Landes

In diesen Tagen konnte der rheinland-pfälzische Regierungschef, Peter Altmeier, auf eine fünfjährige ununterbrochene Amtsdauer zurückblicken. Fünf Jahre bedeuten nach einem Zusammenbruch wie nie zuvor, Jahre unermüdlichen Ringens um den wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Wiederaufbau. Sie bedeuten ein ständiges Mühen um die Wiederherstellung von Wohnungen, Straßen und Brücken, die durch die gewaltigen Kriegsschäden in den Städten und Gemeinden, insbesondere in seinen Grenzgebieten in einem Umfange, wie in keinem anderen Lande zerstört waren. Sie bedeuten weiter ein heißes Ringen um die Wiedererlangung der durch die bedingungslose Kapitulation verloren gegangene staatliche Hoheit. Sie bedeuten Überwindung des Hungers, der durch die Trockenheit des Sommers 1947, zu einem Zeitpunkt also, da Deutschland von der Einfuhr und von der Teilnahme am Welt-handel noch völlig ausgeschlossen war, am Anfang der Arbeit der Regierung Altmeier stand.

Wieviele von uns mögen inzwischen vergessen haben, daß die damalige Trockenheit alle Berechnungen über den Ernteausfall über den Haufen geworfen hatte und daß die Landesregierung in langwierigen Verhandlungen mit den französischen Stellen die Einfuhr ausländischer Kartoffeln und Getreides erreichen konnte. Bereits in seiner Regierungserklärung hatte Ministerpräsident Altmeier ein ungeschminktes Bild der Lage gegeben und erklärt, „daß die vom Landtag berufene Regierung dem Volk nichts anderes versprechen könne, als die Aussicht auf ein Dasein voller Not, Entbehrung und schwerster Arbeit“. Eine weitere Sorge der Landesregierung galt der Schaffung und Erhaltung der Arbeitsplätze, insbesondere im Hinblick auf die verlangten Demontagen. Von den 83 Betrieben des Landes, die auf der Demontageliste standen, wurden auf Grund zäher Verhandlungen zunächst 44 Betriebe völlig gestrichen, während die Rettung beim größten Teil der übrig gebliebenen Betriebe späterhin gelang. Wenn heute zahlreiche Betriebe unseres Landes tausenden von Arbeitern Arbeit und Brot geben, dann möge jeder Bewohner von Rheinland-Pfalz nie vergessen, daß seine Landesregierung die furchtbare Gefahr der Zerstörung gebannt hat. Das

Rußland nicht auch nach der Ratifizierung und selbst nach einer gescheiterten Viererkonferenz immer wieder verhandeln würde.

Wir sprechen frei aus, daß uns kein noch so ansprechender oder auch abschreckender Begründungszusammenhang dazu veranlassen kann, an die Wiedervereinigung Deutschlands anders als mit den **Mitteln des Friedens** zu denken. **Kreuzzugstheorien finden bei uns keinen Boden.**

**Die Zeit der weißen Fahne ist für Deutschland vorüber und muß vorüber sein! Lassen Sie uns die Fahne einer schwer errungenen Freiheit nunmehr so über unserem Vaterlande befestigen, daß sie von keinem Sturm der Zeit geworfen werden kann und daß sie nicht uns, sondern auch den 18 Millionen Deutschen in der Knechtschaft täglich und stündlich das Zeichen ist für die auch ihnen mit Gottes Hilfe schlagende Stunde der Freiheit.**

Wir sagen ja zu diesem Vertragswerk!

Gleiche gilt in der Frage der Einstellung der Holzeinschläge Anfang 1949.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat sich, wie Ministerpräsident Altmeier wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, bis zur Begründung der Bundesrepublik als **Treuhänder Deutschlands im Westen** betrachtet. Dies galt besonders, als 1948 auf Grund der sog. Londoner Empfehlungen in der Form geringfügiger Grenzveränderungen Gebiete des Landes zu Gunsten Frankreichs, Luxemburgs und des Saargebietes verlangt wurden. Wenn es der Landesregierung damals gelang, durch direkte Besprechungen mit dem französischen Außenminister Schuman in Paris, diese Grenzberichtigungen zu verhindern, so kann auch heute noch mit Genugtuung festgestellt werden, daß auf Grund der Londoner Empfehlungen kein deutscher Staatsbürger und keine einzige Gemeinde aus dem deutschen Staatsverband losgelöst wurden.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung

## Landesinteresse und Bundesinteresse

Die SPD hatte im Landtag zu Mainz kürzlich eine „Große Anfrage“ eingebracht, in der sie zu wissen begehrte, warum die Landesregierung im Bundesrat als einzige dem Antrag Schleswig-Holsteins auf vorbehaltlose Annahme des Lastenausgleichsgesetzes zugestimmt habe, was doch keineswegs den Interessen des Landes entspräche, weil Land und Gemeinden durch diesen Lastenausgleich schwer belastet würden. Der Sprecher der SPD hoffte anscheinend, diesen Pfeil noch etwas spitziger zu machen, indem er der Regierung Altmeier vorhielt, sie habe für ihre bekannte Loyalität gegenüber der Bundesregierung eigentlich nie ein Äquivalent erhalten. Schon das föderalistische Prinzip hätte sie doch veranlassen müssen, den Interessen des Landes den Vorzug vor dieser Bundestreue einzuräumen.

Ministerpräsident Altmeier ist ein viel zu geschickter Parlamentarier, als daß er einen solchen Angriff nicht zu parieren gewußt hätte. Er fing den Pfeil auf und ließ ihn auf den Schützen zurückfliegen. „Was Sie über den Föderalismus sagten“, erwiderte Altmeier mit freundlicher Ironie, „das klang

war in den vergangenen fünf Jahren weiterhin vor eine Aufgabe gestellt, deren Lösung kaum glaubhaft erschien, den **Wiederaufbau**. Mit Kriegsende waren von 770 000 Wohnungen, fast 90 000 völlig zerstört, weitere 90 000 nicht mehr bewohnbar und 120 000 zum Teil schwer beschädigt. Das bedeutet, daß fast die Hälfte des gesamten Wohnungsbestandes getroffen war. Viele öffentliche Gebäude, Kulturdenkmäler, Kirchen sowie Verwaltungsbauten lagen in Trümmern und viele Bauerndörfer, vornehmlich in der „Roten Zone“ waren teilweise oder ganz vernichtet.

Neben den akuten Fragen der Ernährung und des Wiederaufbaues war der Landesregierung die Aufgabe gestellt, die verschütteten Grundrechte und Grundpflichten der Einzelperson und der Gemeinschaft zu sichern, der Ehe und Familie, der schulischen Bildung und Kulturpflege staatlichen Schutz angedeihen zu lassen, die Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände, sowie die Wirtschaft- und Sozialordnung durch die notwendige neue Gesetzgebung zu sichern. Weiterhin galt es, die Grundlagen des Staates neu zu ordnen, den Schutz des verfassungsmäßigen Lebens herbeizuführen. Diese Jahre waren schwer. Werte von mehreren Milliarden waren zerstört. Eine arme Kriegsgeneration konnte in dieser kurzen Zeitspanne nicht all das wieder aufbauen, was vorher durch den Fleiß vieler Generationen in Jahrhunderten geschaffen wurde. Die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz hat aber unter Führung der Regierung Altmeier, in den vergangenen Jahren ein gewaltiges Maß Arbeit hinter sich gebracht und Rheinland-Pfalz ebenbürtig neben die anderen deutschen Länder gestellt.

Wenn es im Rahmen der heutigen Betrachtung auch nur möglich war, die Arbeit der rheinland-pfälzischen Landesregierung in ganz großen Strichen zu zeichnen, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß an der Spitze dieser Regierung ein Mann steht, der sein gesamtes politisches Wirken, nicht zuletzt in jene christlichen Grundsätze einordnet, wie sie seit Jahrhunderten Lebensinhalt der Bevölkerung dieses Landes und des gesamten Abendlandes gewesen sind.

W. DG.

fast wie ein Vorwurf, aber ich fasse es als eine Anerkennung auf. Sie sagten, daß ich die Landesinteressen hinter den Bundesinteressen zurückgestellt hätte. Ich greife dieses Wort auf, und ich unterstreiche es. Gewiß, wir sind Föderalisten, aber wir sind nicht so sture Föderalisten, daß wir die Interessen unseres Landes den Gesamtinteressen der Bundesrepublik überordnen würden.“

Der pseudoföderalistische Schütze von der SPD hatte auf diese Lektion in wohlverstandem Föderalismus nichts zu erwidern. Er mußte sich nur noch vom Finanzminister das allgemeine Erstaunen darüber bescheinigen lassen, daß ausgerechnet die zentralistische SPD sich hier als Verteidiger des föderalistischen Prinzips aufspielen wollte. Dem Ministerpräsidenten Altmeier aber bestätigte ein Redner der CDU ausdrücklich, daß ihm der Dank aller Vertriebenen und Geschädigten für seine klare und entschiedene Zustimmung zum Lastenausgleich sicher ist.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstr. 14. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102. Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn.